

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pppn d



Inhalt

43. Jahrgang / 31

16. Februar 1988

Von der Deutschlandpolitik zur DDR-Politik?

Zur jüngsten Diskussion in der CDU

Von Dr. Wilhelm Bruns

Leiter der Forschungs-Abteilung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Dr. Wilhelm Bruns zur jüngsten Diskussion in der CDU: Von der Deutschlandpolitik zur DDR-Politik?

Seite 1

Hedda Jungfer MdL zur Dominanz der Männer in den Leitungsgremien des Freistaats Bayern: Frauen haben kaum mitzureden.

Seite 3

Wann eine bestimmte Politik die eigenen Leute nicht mehr mobilisiert, bei den möglichen Wählern nur noch zweifelnde Fragen aufwirft und im Ausland keine Unterstützung findet, muß sie überprüft werden. In einer solchen Lage befindet sich die CDU in ihrer DDR-Politik, die sie immer noch vielversprechend Deutschlandpolitik nennt.

Wie am Wochenende bekannt wurde, will die CDU-Führung zum nächsten Bundesparteitag in Wiesbaden (vom 13. bis 15. Juni 1988) in einem Leitantrag Illusionen über die Wiedervereinigung aus der Programmatik streichen. Damit würde sie einen weiteren Schritt vollziehen auf dem Wege zu einer realistischen und kooperativen DDR-Politik. Den ersten großen Schritt hat die CDU getan, als sie 1982 als Regierungspartei die Politik der sozialliberalen Koalition fortsetzte (die sie zuvor heftig bekämpft hatte). Einen zweiten bahnbrechenden Schritt tat die Regierung Kohl, als der Staatsratsvorsitzende der DDR, Erich Honecker, in Bonn wie ein ausländisches Staatsoberhaupt behandelt wurde.

Solche Schritte stehen für eine Politik, die von zwei real existierenden deutschen Staaten ausgeht, die eine große sicherheitspolitische Verantwortung in Europa haben.

Immer größer wurde die Diskrepanz von Wiedervereinigungs-Rhetorik und den Gegebenheiten der späten 80er Jahre. Keiner unserer Nachbarn unterstützt uns wirklich bei der Veränderung des status quo in Europa. Übrigens auch die drei Westmächte nicht. Im Innern gibt es zwar großes Interesse an der DDR und große Unterstützung für konstruktive deutsch-deutsche Beziehungen. Die Wiedervereinigung gehört dabei jedoch zu jenen Wunschbildern, die allenfalls irritieren, nicht jedoch mobilisieren.

Wenn nun die FAZ vorwurfsvoll in ihrer Ausgabe von Montag auf Seite 1 schreibt, daß die CDU sich von ihrer bisherigen Deutschlandpolitik lösen und dabei die Wiedervereinigung aus ihren Zielsetzungen streichen wolle, und statt dessen einen Ausbau der deutsch-deutschen Zusammenarbeit anstrebe, so fällt der Vorwurf auf die FAZ zurück. Denn: Zum Ausbau der deutsch-deutschen Zusammenarbeit gibt es keine Alternative. Aus einer Reihe von nachvollziehbaren Gründen: Es gibt zwei deutsche Staaten, die fester Bestandteil der Ost-West-Struktur sind. Das Problem heißt nicht Teilung, sondern Trennung. Das heißt eine Bundesregierung verhält sich dann problem-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Haussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verbinden Sie
mit unseren Anzeigen
Reizung-Paper



adäquat, wenn sie in ihrer Politik die Trennung der Menschen zu überwinden anstrebt. Sie verhielte sich problemadäquat, wollte sie die Teilung überwinden. Dazu fehlen alle Voraussetzungen und dazu fehlen auch die Mittel. Die Bundesregierung hat bei dem Versuch, die Trennung der Menschen abzubauen durchaus Erfolg, wie die Ziffern des deutsch-deutschen Reiseverkehrs zeigen.

Bislang hatte noch keine Bundesregierung so optimale Bedingungen: Sie wurde in ihrer DDR-Politik von der parlamentarischen Opposition unterstützt, dauerhafte und nennenswerte Pressekritiken gab es nicht und bei unseren Nachbarn - im Osten wie im Westen - findet eine solche Politik Verständnis. So wie die Lage ist, sind die beiden deutschen Staaten dazu verurteilt, miteinander zu leben und gut miteinander auszukommen. Dazu gibt es eine vereinbarte Basis, den Grundlagenvertrag und vereinbarte Mittel, die Verhandlungen und Verträge und es gibt einen vorzeigbaren Erfolg. Wenn die deutsch-deutschen Beziehungen von beiden Seiten so dargestellt werden, daß das Erreichte noch nicht das Erreichbare ist, so hat ein Ansatz, der den „politischen Dialog auf allen Ebenen“ der DDR intensivieren will, eine gute Perspektive.

Wer jedoch den politischen Dialog auf allen Ebenen mit der DDR intensivieren will, kann dies erfolgreich nur tun, wenn er zwei Dinge stets beachtet: Keiner darf den anderen überfordern und: Nur wenn beide Seiten etwas davon haben, ist eine dauerhafte Regelung möglich. Das heißt wer Forderungen an die DDR hat, muß damit rechnen, daß auch die DDR Forderungen an uns hat. Bundesrepublik und DDR sind gleichberechtigte Partner bei der weiteren Gestaltung der deutsch-deutschen Beziehungen. Dazu gehört auch die Frage, was denn die beiden deutschen Staaten - gemeinsam beziehungsweise abgestimmt - für Sicherheit und Abrüstung tun können. Die Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, Frau Dr. Wilms, hat in einer vielbachteten Rede am 25. Januar 1988 in Paris zum ersten Mal und regierungsoffiziell einen Ansatz öffentlich gemacht, der Abschied von Illusionen nimmt.

- „Lösungen der deutschen Frage“ im Alleingang oder gegen den Willen unserer Nachbarn werden ausgeschlossen.
- Die Wiedervereinigung Deutschlands wird es in absehbarer Zeit nicht geben.
- Die nationale Frage ist „primär eine Frage der Selbstbestimmung“. Daher betrachtet die Bundesregierung „den territorialen Aspekt als nachgeordnet“. Es geht nicht um eine „rückwärts gerichtete Lösung der deutschen Frage“. Vielmehr geht es um eine „Antwort im Einklang mit den Erfahrungen und Lehren der Geschichte“. Dies ist auch eine Aussage zu „Deutschland“ als Ganzem und zu den „Ostgebieten“ insbesondere gegenüber Polen.
- „Die deutsche Frage“, so die Ministerin, „kann auf der Schiene der beiderseitigen Beziehungen nicht gelöst werden. Die Voraussetzungen für eine Einigung sind einfach nicht vorhanden, weder im innerdeutschen Verhältnis noch im Verhältnis zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges“.

Die Ministerin hat damit Selbstverständlichkeiten gesagt, die sich aus der Analyse der tatsächlichen Lage in Europa ergeben. In der CDU erscheinen jedoch solche Bemerkungen als Tabuverletzungen und als Verzichtspolitik. Man wird sich auf eine heftige Auseinandersetzung einstellen müssen. Stichwort „deutsche Frage“: Die Deutschen haben ihre Antwort auf den beantwortbaren Teil der „deutschen Frage“ in Form des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages gegeben. Dieser Grundlagenvertrag - im Grunde ein Unikum - eröffnet eine gute Perspektive - eine Normalisierungsperspektive!

(-/16.2.1988/vo-he/rs)

* * *



In Bayerns Ministerien haben Frauen kaum mitzureden

Die SPD nimmt es nicht hin, daß die Leitungsgremien des Staates Männer-Clubs sind

Von Hedda Jungfer MdL

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

„Im Dienste des Freistaates haben Frauen bei vergleichbaren Leistungen und Leistungsbereitschaft nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich die gleichen beruflichen Chancen.“ So lautet der Kernsatz einer Antwort der Staatsregierung auf meine Schriftliche Anfrage nach den weiblichen Beschäftigten in den bayerischen Ministerien.

Von diesem frommen Wunsch bleibt allerdings nur wenig übrig, wenn man die auf 28 Seiten dankenswerterweise akribisch aufgelisteten Zahlen über Männer und Frauen in bayerischen Ministerien betrachtet. Die Wirklichkeit sieht anders aus. In den bayerischen Ministerien gibt es zwölf Amtschefs, aber keine einzige Amtschefin. Es sind dort 87 Abteilungsleiter tätig, aber gerade eine Abteilungsleiterin (im Justizministerium). Und 602 Gruppenleitern und Referenten stehen ganze 26 Referentinnen gegenüber.

Auf den ersten Blick erscheinen die Zahlen über den Beschäftigungsanteil von Frauen in den bayerischen Ministerien gar nicht so schlecht. Von rund 4.000 Bediensteten sind immerhin 34 Prozent Frauen. Allerdings sind die höheren Ränge den Frauen weitgehend versperrt, sie sind überwiegend im Schreibdienst und für einfache Verwaltungstätigkeiten eingestellt, wie die Aufschlüsselung nach Besoldungsstufen (Jahr 1987) ergibt. Danach liegt

0 im höheren Dienst der Frauenanteil bei	6 Prozent (114)
und der Männeranteil bei	94 Prozent (1.736)
0 im mittleren und einfachen Dienst der Frauenanteil bei	72 Prozent (900)
und der Männeranteil bei	28 Prozent (351).

An diesem extremen Männerübergewicht in Leitungsfunktionen hat sich in den letzten Jahren kaum etwas verändert. Das Vergleichsjahr 1982 weist einen Frauenanteil im höheren Dienst von vier Prozent, im mittleren und einfachen Dienst von 71 Prozent aus. Offensichtlich ist die Diskussion über berufliche Frauenförderung und Chancengleichheit an den Ministerien des Freistaates spurlos vorübergegangen. Wie aber kann eine frauenfreundlichen Politik, eine Politik für Frauen gemacht werden, wenn die Leitungsgremien der Ministerien fast reine Männer-Clubs geblieben sind?

Die Frauenanteile in den Führungsgremien sind in den einzelnen Ministerien übrigens recht unterschiedlich: Spitzenreiter ist das Justizministerium mit keineswegs berauschenden zehn Prozent, das Schlußlicht haben das Umweltministerium mit vier Prozent und die Staatskanzlei mit fünf Prozent.



Im einzelnen ergeben sich für die Ministerin des Freistaates folgende Frauenanteile bei den Beschäftigten im höheren Dienst:

- Staatskanzlei:	5 Prozent (8 von 133)
- Arbeits- und Sozialministerium:	9 Prozent (22 von 249)
- Landwirtschaftsministerium:	5 Prozent (10 von 185)
- Innenministerium:	5 Prozent (18 von 358)
- Justizministerium:	10 Prozent (7 von 89)
- Umweltministerium:	4 Prozent (8 von 219)
- Finanzministerium:	5 Prozent (11 von 209)
- Kultus- und Wissenschaftsministerium:	8 Prozent (19 von 234)
- Wirtschaftsministerium:	7 Prozent (13 von 196)
- Staatsregierung insgesamt:	6 Prozent (114 von 1.850)

Im Justizministerium ist übrigens auch die höchste Steigerungsrate der Frauen im höheren Dienst festzustellen: Waren es dort 1982 erst vier Prozent, so sind es heute zehn Prozent. Ist dies vielleicht eine Erkenntnis der einzigen Ministerin im Kabinett, daß Frauen auch in Führungsgremien durchaus ihren Mann stehen? Ausreichend freilich sind auch zehn Prozent nicht. Obwohl für die Verhältnisse in der Staatsregierung ansonsten durchaus anzuerkennen ist, wenn die Antwort feststellt: „Für den Bereich des Finanzministeriums ist darauf hinzuweisen, daß bei den Neueinstellungen im Jahre 1987 in allen Laufbahngruppen ein Frauenanteil von etwa 40 Prozent erreicht wurde.“

Im übrigen ist es ebenso merkwürdig wie interessant, was sich die Staatsregierung als Begründung für das eklatante Mißverhältnis von Frauen und Männern in Leitungspositionen einfallen läßt. Wie gehabt, sind es in erster Linie wieder die familiären Verpflichtungen der Frauen.

So ist das also. Dann darf man sich allerdings nicht wundern, daß die Staatsregierung trotz erheblicher Personalausweitung in den Leitungsfunktionen seit 1982 - ein Plus von einem Amtschef, vier Abteilungsleitern und 28 Referenten in nur fünf Jahren - ihre Frauenanteile in diesen herausgehobenen Positionen kaum verändert hat:

Funktion	Frauen		Männer	
	1982	1987	1982	1987
Amtschef/innen	0	0	11	12
Abteilungsleiter/innen	1	1	83	87
Referenten/innen	19	26	574	602

Bei der Staatsregierung ist offenbar in jeder Beziehung Nachhilfe nötig, was die Chancengleichheit von Männern und Frauen betrifft. Ein Beleg dafür ist, daß die Anfrage vom Finanzministerium beantwortet wird, die Gleichstellungsstelle der Staatsregierung aber offensichtlich nicht einmal um eine Stellungnahme gebeten wurde.

Mit einem Fraktionsantrag wollen die Sozialdemokraten nun der Staatsregierung auf die Sprünge helfen. In dem vom SPD-Arbeitskreis „Gleichstellung“ ausgearbeiteten Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, „künftig bei Stellenausschreibungen, Einstellungen, Beförderungen und Übertragung höher bewerteter Dienstposten in den bayerischen Ministerien die berufliche Förderung von Frauen besonders zu beachten, um deren Anteile in der Ministerialverwaltung deutlich zu erhöhen“. Dem Landtag soll nach dem Willen der SPD-Fraktion alle drei Jahre über die Erfolge der gezielten Frauenförderung berichtet werden. (-/16.2.1988/vo-ha/rs)

* * *